

len Wandel herbeizuführen. In diesem Fall müsste stets der Widerstand der Demokraten einkalkuliert werden, denn eine „Filibuster“-sichere Mehrheit haben die Republikaner nicht. Darüber hinaus muss in solchen Fällen stets mit dem Veto von Präsident *Obama* gerechnet werden.

Die Arbeit des 114. Kongresses steht bereits jetzt im Schatten der nächsten Präsidentschaftswahl – noch bevor Anfang Januar 2016 mit dem „Caucus“ in Iowa die Vorwahlsaison endgültig beginnt. Hier könnte ein starker und überzeugender Kandidat seiner Partei auch bei den Kongresswahlen helfen, so wie es bei *Barack Obama* im Jahre 2008 war. Rechnet man die Wahlmännerstimmen von Bundesstaaten zusammen, die die Demokraten in mindestens fünf der letzten sechs Präsidentschaftswahlen für sich entscheiden konnten, kommt man auf 257 – nicht weit entfernt von der erforderlichen Zahl von 270 Wahlmännerstimmen. Die Republikaner hätten in dieser Rechnung nur 206.<sup>62</sup> Die restlichen 75 Wahlmännerstimmen verteilen sich auf die „Purple States“ Florida, Ohio, Virginia, Colorado und Nevada – die jenseits von Demokratisch (Blau) oder Republikanisch (Rot) dominierten Bundesstaaten, die von beiden Seiten gewonnen werden können.

Das Ausmaß, in dem die Präsidentschaftswahl die mediale Agenda bestimmt und die Aufmerksamkeit der Wähler fordert, beeinflusst auch die Arbeit des 114. Kongresses entscheidend. Fraglich bleibt, auf welches legislative Erbe Präsident *Obama*, aber auch die Mitglieder des Repräsentantenhauses und die Senatoren in gut zwei Jahren zurück schauen können.

62 Vgl. Michael Tomasky, a.a.O. (Fn. 17).

## **Das Land gespalten und auf dem Weg aus der EU? Die britischen Parlamentswahlen vom 7. Mai 2015**

*Roland Sturm*

Die Unterhauswahl im Vereinigten Königreich hatte für alle, die den Prognosen der Umfrageinstitute glaubten, einen überraschenden Ausgang. Statt eines Kopf-an-Kopf-Rennens der beiden großen Parteien<sup>1</sup>, Labour Party und Conservatives, gab es einen klaren Wahlsieger, die Konservative Partei unter Führung des amtierenden Premierministers *David Cameron*. Als falsch erwies sich der monatelang verbreitete Befund der Meinungsforscher, beide Parteien seien in der Größenordnung von 33 beziehungsweise 34 Prozent der Stimmenanteile gefangen, weshalb es – wie schon bei der letzten Wahl 2010 – zu unklaren Mehrheitsverhältnissen im Unterhaus, einem „hung parliament“, kommen müsse. Viel Zeit und Energie wurde in den Wahlkampfzeiten in die Frage investiert, welche Partei welchen Koalitionspartner finden könnte. Nach der Wahl erwiesen sich diese Debatten zur Erleichterung des Wahlsiegers, aber auch der großen Mehrheit der britischen Bevölkerung, die sich

1 Vgl. George Parker / Kiran Stacey, Main Parties Fail to Land. Knockout Blow in Election Campaign, in: Financial Times vom 18./19. April 2015, S. 2.

noch nicht mit der Idee von Koalitionsregierungen anfreunden kann<sup>2</sup>, als überflüssig. Wie gewohnt konnte der Premierminister am Morgen nach der Wahl zur Königin in den Buckingham Palace fahren und sich den Auftrag zur Regierungsbildung geben lassen. Königin *Elizabeth II* hatte übrigens auch den Umfragen vertraut und eine länger andauernde Zeit der Koalitionsbildung erwartet. Sie musste deshalb kurzfristig von Schloss Windsor nach London anreisen, um dem Premierminister die traditionelle Audienz zu gewähren. Unterschätzt haben die Meinungsforscher zudem das Momentum, das das schottische Unabhängigkeitsreferendum ausgelöst hat.<sup>3</sup> Es machte die Scottish National Party (SNP) bei der Parlamentswahl zur quasi-Alleinvertreterin Schottlands im Westminster Parlament. Damit wird die Frage nach der Einheit des Vereinigten Königreichs neu thematisiert. Fragen stellen sich auch hinsichtlich der Zukunft der Labour Party ohne ihre schottische Hochburg und der Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der EU, denn der Wahlsieger *David Cameron* hat noch am Morgen nach der Wahl seine Absicht bekräftigt, 2017 ein Referendum darüber abhalten zu lassen.

### *1. Das Wahlergebnis im Vereinigten Königreich*

Die Beteiligung an britischen Parlamentswahlen ist seit 2001 unter 70 Prozent gefallen – eine Marke, die vorher nie unterschritten wurde.<sup>4</sup> Seither hat sie sich auf circa 60+x Prozent eingependelt. Bei den Parlamentswahlen 2015 erreichte sie 66,1 Prozent. Dies sieht auf den ersten Blick wie eine leichte Verbesserung aus. Hervorgerufen wurde diese positive Bewegung der Wahlbeteiligung aber nicht durch ein generell gewachseses Interesse der Briten am Parteienwettbewerb<sup>5</sup>, sondern in erster Linie durch die zusätzliche Mobilisierung, die die SNP in Schottland und die europaskeptische United Kingdom Independence Party (UKIP) in England und Wales bewirken konnten (vgl. Tabelle 1). In Schottland wuchs die Wahlbeteiligung um 7,3 Punkte, in den anderen Landesteilen um weniger als einen Punkt.

Das Wahlergebnis (vgl. Tabelle 2 und 3) spiegelt die Paradoxien und Effekte des relativen Mehrheitswahlsystems in Einerwahlkreisen wider (First-past-the-post System). Gewählt ist nur, wer seinen Wahlkreis gewinnt. Und nur wer einen Parlamentssitz erobert, kann ein Regierungsamt erhalten oder ins oppositionelle Schattenkabinett aufrücken. In spektakulärer Weise verloren vor allem Minister der Liberaldemokraten, aber auch die große Schar der schottischen Labour-Abgeordneten, ihre Mandate. Alle wurden von einem Tag auf den

2 Vgl. *Roland Sturm*, Eine „kontinentale Verirrung“? Koalitionsregierungen im Vereinigten Königreich, in: *Frank Decker / Eckhard Jesse* (Hrsg.), Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013, Baden-Baden 2013, S. 479 – 498.

3 Vgl. ders., Das Schottland-Referendum. Hintergrundinformationen und Einordnung, Wiesbaden 2015.

4 Die höchste Wahlbeteiligung wurde 1950 mit 84,0 Prozent, die niedrigste vor 2001 mit 71,5 Prozent verzeichnet. Vgl. *Dennis Kavanagh / Philip Cowley*, The British General Election of 2010, Basingstoke 2010, S. 350 f.; BBC Website, Elections 2015, <http://www.bbc.com/news/uk-politics> (Abruf am 10. Mai 2015).

5 Vgl. *Paul Webb*, Who Is Willing to Participate? Dissatisfied Democrats, Stealth Democrats and Populists in the United Kingdom, in: European Journal of Political Research, 52. Jg. (2013), H. 6, S. 747 – 772; *Paul Whiteley*, Political Participation in Britain: The Decline and Revival of Civic Culture, Basingstoke 2012.

**Tabelle 1: Wahlbeteiligung im Vereinigten Königreich im Vergleich (in Prozent)**

Wahlbeteiligung	Vereiniges Königreich	England	Schottland	Wales	Nordirland
2010	65,1	65,5	63,8	64,8	57,6
2015	66,1 (+1,0)	65,9 (+0,4)	71,1 (+7,3)	65,7 (+0,9)	58,1 (+0,5)

Quelle: Eigene Darstellung nach der Website der BBC, a.a.O. (Fn. 4); *Dennis Kavanagh / Philip Cowley*, a.a.O. (Fn. 4), S. 350. ff.

anderen, entgegen ihrem Glauben an eine sichere Parlamentskarriere in ihren Parteihochburgen, beschäftigungslos. Mit der Abwahl von Führungspersönlichkeiten der Liberaldemokraten und der Labour Party entstand auch eine gewisse Personalnot. Als Reaktion auf die Wahlniederlage traten der Labour-Vorsitzende *Ed Miliband* und der bisherige Vorsitzende der Liberaldemokraten, *Nick Clegg*, zurück. Es war unsicher, wer die neuen Parteivorsitzenden aus dem Kreis der Parlamentsfraktionen sein könnten.

**Tabelle 2: Stimmenanteile bei der Unterhauswahl im Vereinigten Königreich 2015**

Partei	Stimmenzahl	Stimmenanteil (in Prozent)	Veränderung (in Prozentpunkte)
Conservatives	11.334.920	36,9	+0,8
Labour	9.347.326	30,4	+1,5
UKIP	3.881.129	12,6	+9,5
Liberal Democrats	2.415.888	7,9	-15,2
SNP	1.454.436	4,7	+3,1
Green Party	1.157.613	3,8	+2,8
DUP	184.260	0,6	±0
Plaid Cymru	181.694	0,6	±0
Sinn Féin	176.232	0,6	±0
UUP	114.935	0,4	±0
SDLP	99.809	0,3	±0
Alliance Party	61.556	0,2	+0,1
TUSC	36.327	0,1	+0,1
National Health Action	20.210	0,1	±0
TUV	16.538	0,1	±0
Respect Party	9.989	0	-0,1
Cannabis Is Safer Than Alcohol	8.419	0	±0
Yorkshire First	6.811	0	±0
English Democrats	6.531	0	-0,2
Monster Raving Loony Party	3.898	0	±0
Socialist Labour Party	3.481	0	±0
Christian Peoples Alliance	3.260	0	±0

<i>Fortsetzung Tabelle 2</i>			
Christian Party	3.205	0	0,1
Workers Party	2.724	0	±0
British National Party	1.667	0	-1,9
Class War	526	0	±0
Andere <sup>1</sup>	164.826	0,5	-0,3
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen	46.425.386		

Abkürzungen der Parteien: UKIP = United Kingdom Independence Party; SNP = Scottish National Party; DUP = Democratic Unionist Party; SDLP = Social Democratic and Labour Party; UUP = Ulster Unionist Party; TUV = Traditionalist Unionist Voice; TUSC = Trade Union and Socialist Coalition.

<sup>1</sup> Es standen insgesamt 60 Parteien zur Wahl, die wenigsten kandidierten in mehr als einer Handvoll Wahlkreise.

Quelle: Eigene Darstellung nach der Website der BBC, a.a.O. (Fn. 4); *Dennis Kavanagh / Philip Cowley*, a.a.O. (Fn. 4), S. 350 ff.

Nach Stimmenanteilen wurden die Konservativen zwar stärkste Partei, erreichten aber mit 36,9 Prozent, trotz leichter Zugewinne, keine absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Zweitstärkste Partei wurde die Labour Party. Ihr durchschnittlicher Zugewinn von 1,5 Prozent reichte nicht, entscheidende Wahlkreise zu gewinnen. Vor allem gelang es ihr nicht, die Wahl in England für sich zu entscheiden. Hier konnte sie nicht in ausreichendem Maße Wahlkreise mit knappen Mehrheiten der Konservativen Partei erobern. Hinzu kam eine vernichtende Niederlage, wie auch für die Liberal Democrats, in Schottland (vgl. Ta-

<i>Tabelle 3: Wahlergebnis im Vereinigten Königreich – Sitzverteilung 2015 (insgesamt 650 Sitze, absolute Mehrheit: 326 Sitze)</i>			
Partei	2015	2010	Veränderung
Conservatives	331	307	+24
Labour	232	258	-26
Liberal Democrats	8	57	-49
UKIP	1	0	+1
Green Party	1	1	±0
SNP	56	6	+50
Plaid Cymru	3	3	±0
DUP	8	8	±0
Sinn Féin	4	5	-1
SDLP	3	3	±0
UUP	2	0	+2
Alliance Party	0	1	-1
Unabhängiger	1	1	±0

Abkürzungen der Parteien: siehe Tabelle 2.

Quelle: Eigene Darstellung nach der Website der BBC, a.a.O. (Fn. 4); *Dennis Kavanagh / Philip Cowley*, a.a.O. (Fn. 4), S. 350 ff.

belle 4). Der Vorsitzende der Labour Party in Schottland, *Jim Murphy*, verlor seinen Wahlkreis East Renfrewshire, den er seit 1997 im Parlament vertreten hatte. Der „Swing“, also der Pendelausschlag von einer Partei zur anderen, wird in der britischen Wahlberichterstattung noch immer als Maßstab genutzt. Er fiel für die Bewegung der Wähler von der Konservativen Partei zu Labour kaum merklich aus. Allerdings war er von historischen Ausmaßen in Schottland: Bezogen auf die Abwanderung der Labour-Wähler zur SNP lag er durchschnittlich bei über 20 Prozent und in einigen Wahlkreisen sogar über 30 Prozent.

Drittstärkste Kraft nach Stimmenanteilen wurde UKIP. Die Partei gewann aber nur ein Parlamentsmandat im englischen Südosten (Essex ist eine Hochburg), das ein Überläufer der Konservativen bei einer Nachwahl 2014 behauptet hatte (*David Carswell* im Wahlkreis Clacton). Ein weiteres durch den Nachwahlsieg eines zweiten Überläufers von der Konservativen Partei seit 2014 bestehendes Mandat fiel an diese zurück. Dem Vorsitzenden der UKIP, *Nigel Farage*, gelang es nicht, den Wahlkreis Thanet South zu gewinnen. Bei den gleichzeitigen Kommunalwahlen errang UKIP im District Council von Thanet in Kent aber zum ersten Mal eine kommunale Mehrheit. Die Niederlage von *Farage* war auch dem massiven Einsatz der Konservativen geschuldet. Ihnen lag viel daran, die Konkurrenz von UKIP zu schwächen und der Partei keine Bühne im neuen Parlament zu geben. Klein gehalten wurde UKIP aber in erster Linie durch die Effekte des Mehrheitswahlsystems. Ihr Stimmenanteil von 12,6 Prozent setzte sich, mangels Hochburgenbildung, nicht in Mandate um. *Farage* trat am 8. Mai von seinem Amt als Vorsitzender zurück. Am 11. Mai verlautbarte seine Partei, dass sie nicht bereit sei, diesen Rücktritt zu akzeptieren. *Nigel Farage* blieb deshalb im Amt.

Auswirkungen des Mehrheitswahlsystems wurden auch deutlich im Vergleich des Abschneidens von UKIP mit dem der Liberal Democrats – einem der Wahlverlierer. Die Liberaldemokraten büßten 15,2 Prozentpunkte ein und wurden nur noch vierstärkste Partei. Sie verloren zahlreiche Hochburgen in Schottland sowie im englischen Südwesten und in Wales. 49 ihrer zuvor 57 Mandate gingen an andere Parteien. Mit circa einem Drittel weniger Wählerstimmen als UKIP gewannen die Liberal Democrats aber dennoch achtmal so viele Sitze wie UKIP. Weitere Disproportionen zwischen Stimmen- und Mandatsanteilen ließen sich zeigen: Labour erreichte beispielsweise mit zweieinhalbmal soviel Stimmen wie UKIP 232 Mandate, UKIP hingegen lediglich eines.

Gewachsene Aufmerksamkeit wurde bei dieser Wahl den „Greens“ zuteil. In der britischen Öffentlichkeit war von einem „Green surge“ die Rede, einem politischen Aufbruch der Grünen. Dieser Gedanke wurde auch von den Konservativen gepflegt, in der Hoffnung, die Grünen würden der Labour Party und vor allem auch den Liberaldemokraten Stimmen abnehmen. Die Grünen gelten als politische Alternative zu den Liberalen für Jungwähler und den grünen Flügel der Liberal Democrats. Die Partei verbesserte ihre Stimmenzahl um 2,8 Prozentpunkte vor allem in England und Wales. In Schottland (vgl. Tabelle 4) und Nordirland (vgl. Tabelle 6) spielte sie keine Rolle.

## 2. Die regionalen Wahlergebnisse

Die Wahl 2015 macht die Spezifika des britischen Viernationenstaats deutlich. Während das Wahlverhalten in England und Wales in großem Maße vergleichbar ist (vgl. Tabelle 5), unterscheidet es sich in Nordirland traditionell und in Schottland diesmal sogar spektaku-

Tabelle 4: Wahlergebnis in Schottland bei den Unterhauswahlen 2015 (59 Sitze)						
Partei	2015		2010		Veränderung	
	Sitze	Stimmenanteile in Prozent	Sitze	Stimmenanteile in Prozent	Sitze	Stimmenanteile in Prozent
Conservatives	1	14,9	1	16,7	0	-1,8
Labour	1	24,3	41	42,0	-40	-17,7
Liberal Democrats	1	7,5	11	18,9	-10	-11,4
SNP	56	50,0	6	19,9	+50	+30,1
UKIP	0	1,6	0	0,7	0	+0,9
Green Party	0	1,3	0	0,6	0	+0,7

Quelle: Eigene Darstellung nach der Website der BBC, a.a.O. (Fn. 4); Dennis Kavanagh / Philip Cowley, a.a.O. (Fn. 4), S. 350 ff.

lär. Dort gewann die Scottish National Party 56 der 59 Sitze. Sie eroberte 50 zusätzliche Mandate und konnte ihren Stimmenanteil um 30,1 Punkte auf 50 Prozent verbessern. Das sind einmalige Größenordnungen in der Geschichte des britischen Parlamentarismus.

Die Konservativen behaupteten einen einzigen Sitz, der in der Grenzregion zu England (Dumfriesshire, Clydesdale & Tweeddale) liegt. Ihr Stimmenanteil in Schottland ging insgesamt leicht zurück. Damit setzt sich ein Trend fort, der seinen negativen Höhepunkt 1997 hatte, als die Konservativen ohne Mandat in Schottland den Wahlabend erlebten. Seit 2001 ist die Partei wieder mit einem Sitz in Schottland ausgestattet. Völlig neu definierte die Parlamentswahl von 2015 die Stellung der Labour Party und der Liberaldemokraten im innerschottischen Parteienwettbewerb bei UK-Wahlen. Die Ergebnisse zeigten, dass sich das Wahlverhalten der Schotten bei den Wahlen zum schottischen Parlament und dem zum Westminster-Parlament deutlich unterscheiden. Schon 2007 gelang es der SNP, die Labour Party bei den schottischen Parlamentswahlen zu überflügeln; 2011 gewann sie eine absolute Mehrheit der Mandate und 45 Prozent der Stimmen.

Bei den Westminsterwahlen verhielten sich die Wähler anders: Die Labour Party blieb 2010 mit einem Stimmenanteil von 42,0 Prozent und 41 der 59 schottischen Mandate klar stärkste Partei. Das Wahlergebnis von 2015 riss die Schranke zwischen schottischem und UK-Parteienwettbewerb nicht nur nieder, sondern revolutionierte geradezu die Kräfteverhältnisse. Die Labour Party verlor ihre schottische Hochburg. Sie wurde auf die Größe der Konservativen reduziert. Ihr Stimmenanteil liegt zwar noch bei 24,3 Prozent und damit circa zehn Punkte über dem der Konservativen, aber es reichte nur zu einem Parlamentssitz; 40 gingen verloren. Nur das Mandat in Edinburgh West konnte verteidigt werden. In den Augen der Wähler hatten nicht sie die Labour Party verlassen, sondern die Labour Party die Wähler – zum einen, weil diese die Sparpolitik der konservativ-liberaldemokratischen Koalition fortführen wollte und zum anderen, weil bei der Kampagne um die schottische Unabhängigkeit 2014 die Labour Party gemeinsame Sache mit der Konservativen Partei gemacht hatte, um die Union zu erhalten. Die austeritätskritische SNP wurde als authentische Labour-Alternative gesehen, die auch Protestwähler, die in England und Wales UKIP wählten, zu überzeugen vermochte.

Die Liberaldemokraten verloren ebenso wie die Labour Party 2015 in Schottland ihre Hochburgen. Verteidigt werden konnte nur ein Mandat, der Wahlkreis Orkney & Shetland. Elf Sitze und einen Verlust von 11,4 Punkten kostete die Wahl die Liberaldemokra-

**Tabelle 5: Wahlergebnis in Wales bei den Unterhauswahlen 2015 (40 Sitze)**

Partei	2015		2010		Veränderung	
	Sitze	Stimmenanteile in Prozent	Sitze	Stimmenanteile in Prozent	Sitze	Stimmenanteile in Prozent
Conservatives	11	27,2	8	26,1	+3	+1,1
Labour	25	36,9	26	36,2	-1	+0,7
Liberal Democrats	1	6,5	3	20,1	-2	-13,6
Plaid Cymru	3	12,1	3	11,3	0	+0,8
UKIP	0	13,6	0	2,4	0	+11,2
Green Party	0	2,6	0	0,5	0	+2,1

Quelle: Eigene Darstellung nach der Website der BBC, a.a.O. (Fn. 4); Dennis Kavanagh / Philip Cowley, a.a.O. (Fn. 4), S. 350 ff.

ten. Ihnen schadete ihre Rolle als Koalitionspartner der Konservativen Partei in London in besonderem Maße. Damit waren sie für die schottischen Wähler Teil der Fremdherrschaft geworden, die sich zur Aufgabe gesetzt hat, den Sozialstaat zu zerstören.

„No more Tory rule“ war einer der erfolgreichsten Slogans der SNP in der Kampagne für schottische Unabhängigkeit. Die gesellschaftliche Mobilisierung der Referendumskampagne<sup>6</sup> trug die SNP zum epochalen Wahlsieg. Das Referendum hatte die SNP zwar mit 55,25 zu 44,65 Prozent verloren, bei einer Wahlbeteiligung von 84,6 Prozent. Dabei hatten sich 97 Prozent der Wahlberechtigten für den Entscheid registrieren lassen. Aber die gesellschaftliche Mobilisierung und die zivilgesellschaftliche Unterstützung blieben auf Seiten der SNP. Die Zahl ihrer Mitglieder vervierfachte sich, und sie wurde zur drittstärksten Partei des Vereinigten Königreichs – obwohl sie nur in Schottland (circa 5 Millionen Einwohner, UK circa 64 Millionen) existiert. Hinzu kam das Gefühl, dass die „unionistischen“ Parteien ihre Versprechen, die sie für den Fall des Verbleibs Schottlands im Vereinigten Königreich gegeben hatten, nicht einzulösen bereit waren. Bei den Wahlen 2015 konnten auch diejenigen, die sich beim Referendum der SNP-Position aus Furcht vor den Folgen der Unabhängigkeit verweigert hatten, ihrer „Scottishness“ Ausdruck verleihen. Für viele bedeutete dies nicht zuletzt, kognitive Dissonanzen zu beseitigen und dem öffentlichen Meinungsklima zu folgen.

Das Wahlergebnis in Wales (vgl. Tabelle 5) ähnelt dem im Gesamtstaat. Dabei erlebte die walisische Nationalpartei Plaid Cymru eine erhebliche Enttäuschung. Sie war inhaltlich dem Anti-Austerity-Diskurs der SNP gefolgt, aber von den walisischen Wählern nicht belohnt worden. Sie konnte erneut nur drei der 40 walisischen Wahlkreise gewinnen und stagnierte in der Wählergunst (Stimmenanteil +0,8 Punkte). Innerparteilich wird nun, angesichts der Erfolge der SNP, überlegt, ob Plaid Cymru weiterhin so großen Wert auf ihren Kulturnationalismus, insbesondere das Beherrschende der walisischen Sprache, legen sollte, denn die SNP schlug die Labour Party in Schottland, die auch in Wales die dominierende Partei ist, mit anderen Mitteln.

Die Wahlergebnisse für Labour – ungenügende Zugewinne für den Wahlsieg und Verlust eines Mandats –, die Konservativen – leichte Behauptung beim Stimmenanteil, Zugewinn von drei Sitzen – und der Liberal Democrats liegen im UK-Trend. Wie in Schottland

6 Vgl. Roland Sturm, a.a.O. (Fn. 3).

Tabelle 6: Wahlergebnis in Nordirland bei den Unterhauswahlen 2015 (18 Sitze)						
Partei	2015		2010		Veränderung	
	Sitze	Stimmenanteile in Prozent	Sitze	Stimmenanteile in Prozent	Sitze	Stimmenanteile in Prozent
DUP	8	25,7	8	25,0	0	+0,7
Sinn Féin	4	24,5	5	25,5	-1	-1,0
SDLP	3	13,9	3	16,5	0	-2,6
UUP	2	16,0	0	15,2	+2	+0,8
Alliance Party	0	8,6	1	6,3	-1	+2,2
UKIP	0	0	0	2,6	0	+2,6
Traditionalist Unionist Voice	0	2,3	0	3,9	0	-1,6
Green Party	0	1,0	0	0,6	0	+0,4
Unabhängige	1		1		0	

Quelle: Eigene Darstellung nach der Website der BBC, a.a.O. (Fn. 4); Dennis Kavanagh / Philip Cowley, a.a.O. (Fn. 4), S. 350 ff.

verlieren die Liberaldemokraten auch in Wales massiv (13,6 Punkte beim Stimmenanteil), mangels Masse aber nur zwei Sitze. Im Unterschied zu Schottland bleibt in Wales aber die Labour Party stärkste Partei mit einem Stimmenanteil von 36,2 Prozent und dem Gewinn von über der Hälfte der walisischen Mandate (25).

In Nordirland hat sich seit dem Ende der 1960er Jahre ein Parteiensystem herausgebildet, das von demjenigen Großbritanniens völlig entkoppelt ist. Es wird dominiert von dem Konflikt zwischen nordirischen Nationalisten, die sich für eine Vereinigung Nordirlands mit der Republik Irland einsetzen (Sinn Féin, SDLP) und nordirischen Unionisten (DUP, UUP, Traditionalist Unionist Voice), die an der Einbindung Nordirlands in das Vereinigte Königreich festhalten wollen. Als Partei der Versöhnung des Konflikts agiert die Alliance Party. Der Konflikt über die Zukunft Nordirlands wurde mit dem Karfreitagsabkommen von 1998 und dem St. Andrews-Abkommen von 2006 durch die Machtteilung zwischen den Konfliktgegnern weitgehend stillgelegt, ohne ihn zu überwinden.<sup>7</sup> Kurzzeitig rückte die DUP als möglicher Koalitionspartner der Konservativen Partei in den Fokus der Aufmerksamkeit der Wahlnacht, sollte es für eine absolute Mehrheit der Tories nicht reichen. Diese Überlegung erwies sich aber bekanntlich als überflüssig. Den Konservativen kam bei ihrer relativ knappen Mehrheit zugute, dass Sinn Féin, der frühere politische Arm der IRA, den britischen Staat radikal ablehnt. In der Regel nehmen ins Westminster-Parlament gewählte Sinn Féin Abgeordnete ihr Mandat nicht wahr, so dass sie auch keine potentiellen Gegenstimmen zur Regierung liefern. Vier Regierungsgegner werden also die Opposition nicht verstärken. Bei den Wahlen in Nordirland verlor die Alliance Party ihren einzigen Sitz, und die gemäßigtere unionistische UUP schaffte den Wiedereinzug ins Parlament, während die radikalere DUP unverändert mit acht Sitzen in Westminster vertreten ist.

7 Vgl. ders., Die britische Westminsterdemokratie. Parlament, Regierung und Verfassungswandel, Baden-Baden 2015.

### 3. Repräsentation von Frauen

Mit der Wahl verbessert sich erneut die Repräsentation von Frauen im britischen Unterhaus: Von 650 Abgeordneten sind 191 weiblich, ein Anstieg von 23 auf 29 Prozent. In der Fraktion der Labour Party, die Vorreiter für die Vertretung von Frauen ist, gab es noch einmal einen erheblichen Zuwachs von 33 auf 43 Prozent. Zahlenmäßig ist damit in der Labour-Fraktion die größte Zahl weiblicher Abgeordneter zu finden (99). Prozentual ist der Zuwachs an Frauen am stärksten in der SNP-Fraktion ausgefallen (von 17 auf 36 Prozent); von den 56 Abgeordneten der Partei sind 20 weiblich. Bei den Liberal Democrats waren die weiblichen Abgeordneten von der verheerenden Wahlniederlage ihrer Partei stärker betroffen als die männlichen: Alle acht verbliebenen Abgeordneten sind Männer.

### 4. Die Kandidaten

Die Spitzenrepräsentanten der drei traditionellen Parlamentsparteien hatten alle im Wahlkampf mit Image-Problemen zu kämpfen. Der Oppositionsführer *Ed Miliband* versuchte sich in der Rolle des Arbeiterführers – glaubhaft war dies nie. Jeder wusste, dass er aus dem Haushalt eines betuchten marxistischen Intellektuellen (*Ralph Miliband*) stammt und eine universitäre und schulische Elitenausbildung genossen hat. Kein Thema war im Wahlkampf die am Rande aufgekommene Beobachtung, dass *Miliband* nach *Benjamin Disraeli*, der allerdings zur anglikanischen Kirche konvertiert war, der erste jüdische Premierminister gewesen wäre. Dies lag sicher auch daran, dass Religion für den Labour-Politiker persönlich keine große Rolle zu spielen scheint. Der unfaire Versuch des konservativen Verteidigungsministers *Michael Fallon*, *Miliband* als „Brudermörder“ darzustellen, weil er im Kampf um den Parteivorsitz, seinen Bruder *David* aus dem Rennen geworfen hatte, lief ins Leere.<sup>8</sup> Am Anfang des Wahlkampfes verzeichnete *Ed Miliband* verheerende Umfragewerte. Ihn konnten sich nur 13 Prozent der Briten als Premierminister vorstellen. Nicht nur galt er als abgehobene Figur der britischen Oberschicht; ihm wurde auch vorgeworfen, bei der Formulierung einer alternativen Vision für die britische Regierungspolitik zu versagen.<sup>9</sup> Auf dem Vorwahl-Parteitag der Labour Party im September 2014 hielt *Miliband* eine auswendig gelernte Rede, vergaß aber zum Spott der britischen Öffentlichkeit, auf die zwei wichtigsten innenpolitischen Themen einzugehen: Einwanderung und Staatsverschuldung. Der UKIP-Vorsitzende *Farage* konnte es sich leisten, ihn als „unwählbaren Witz“ zu verspotten.<sup>10</sup> In der Labour Party machten noch Ende 2014 Gerüchte von einem bevorstehenden Putsch gegen den Parteivorsitzenden die Runde.<sup>11</sup> In der Frühphase des Wahlkampfs bot die Labour Party ein inkohärentes Bild, wobei der Eindruck entstand, *Ed Miliband* verbindet sozialpolitische Versprechen mit Attacken auf die Wirtschaft.<sup>12</sup> Hinsichtlich der Wirt-

8 Vgl. *Robert Shrimpton*, Beware Juicy Family Feuds that Blow up into a Nuclear Issue, in: Financial Times vom 10. April 2015, S. 6.

9 Vgl. „The Sorry State of Ed Miliband’s Leadership“, in: Financial Times vom 10. November 2014, S. 8.

10 Nach *Jochen Buchsteiner*, Auch Nietzsche weinte, in: FAZ vom 14. November 2014, S. 5.

11 Vgl. *Janan Ganesh*, Labour’s Discomfiture Presages a Stressful Campaign, in: Financial Times vom 11. November 2014, S. 9.

12 Vgl. „The Milibandwagon“, in: The Economist vom 14. Februar 2015, S. 26.

schaftskompetenz hatte er ein Glaubwürdigkeitsproblem.<sup>13</sup> Hierzu trug auch bei, dass die Koalitionsparteien versuchten, die letzte Labour-Regierung unter *Gordon Brown* für die Budgetprobleme des Landes verantwortlich zu machen.<sup>14</sup>

Erst in der Endphase des Wahlkampfs schien sich das Image *Milibands* in der Öffentlichkeit zum Besseren zu wenden, auch wenn die ihm von seinem amerikanischen Wahlkampfberater beigebrachten Amerikanismen der Entschlossenheit („hell yes“, „hell no“) dem britischen Publikum gelegentlich auf die Nerven gingen. Dieser Berater war *David Axelrod*, der für *Barack Obama* den Slogan „Yes-we-can“ erfunden hatte. Er kam auf die Idee, die Wahlversprechen der Labour Party sozusagen in Stein zu meißeln. Eine knapp zweieinhalb Meter hohe Steinplatte, zwei Tonnen schwer, in ihr eingraviert sechs Wahlversprechen der Partei im Stil der „Zehn Gebote“, sollte nach einem Wahlsieg so aufgestellt werden, dass sie aus den Büros in der Downing Street Nummer 10 quasi als Erinnerungsstück immer zu sehen gewesen wäre. Härte und Entschlossenheit, Ehrlichkeit und Führungsqualitäten sollten so demonstriert werden. Dies war aber auch ein indirekter Hinweis darauf, wo in Umfragen die Defizite *Ed Milibands* in den Augen der Befragten lagen.

Der kleine Koalitionspartner in der aus dem Amt scheidenden Regierung, die Liberaldemokraten, geführt von *Nick Clegg*, mussten nicht zuletzt wegen ihres Parteichefs eine verheerende Wahlniederlage erwarten. *Clegg* war stellvertretender Premierminister ohne Ressort mit dem Auftrag zur Verfassungsreform. Diese blieb in allen Bereichen stecken: Weder wurde das britische Wahlsystem reformiert, noch das House of Lords. Weiterhin blieb eine Neuregelung der Parteienfinanzierung ebenso aus wie die Entscheidung über Abstimmungsrechte schottischer Parlamentarier im Westminster-Parlament bei Gesetzgebungsvorhaben, die nur England betreffen. Die eigentlich notwendige Reform der Wahlkreiseinteilung, die dafür sorgen soll, dass jeder Abgeordnete ungefähr gleich viele Wähler repräsentiert, wurde verschoben – zum Nachteil der Konservativen Partei. Das war die Revanche der Liberaldemokraten für die mangelnde Unterstützung ihres Koalitionspartners beim erfolglosen Referendum von 2011 zur Einführung eines neuen Wahlsystems, das die Liberaldemokraten begünstigt hätte. *Nick Clegg* hatte schon früh in der Amtszeit der Koalitionsregierung seine Glaubwürdigkeit verspielt. Ausschlaggebend hierfür war der Bruch des Wahlversprechens der Liberaldemokraten von 2010, eine Erhöhung der Studiengebühren nicht zuzulassen. *Cleggs* spätere Entschuldigung wurde als musikalische Parodie ein Heiterkeiterfolg auf YouTube.

Der Parteiführer der Konservativen, *David Cameron*, war doppelt gefordert: Zunächst durch die Herausforderung, sich und seine Partei, trotz Einsparpolitik in der Wirtschaftskrise, von dem Image der kaltherzigen „nasty party“<sup>15</sup> zu befreien; dann aber auch, sich der Konkurrenz der UKIP zu erwehren. Die Strategie, deren Ziele, vor allem bei den Themen Begrenzung der Einwanderung und EU-Skepsis, zu übernehmen, erwies sich eher als politi-

13 Vgl. *Jim Pickard*, UK Labour Party Seeks Economic Credibility Boost, in: Financial Times vom 14. April 2015, S. 4.

14 Vgl. *Paul Whiteley / Harold D. Clarke / David Sanders / Marianne C. Stewart*, The Economic and Electoral Consequences of Austerity Policies in Britain, in: Parliamentary Affairs, 68. Jg. (2015), H. 1, S. 4 – 24, S. 22. Die hier vertretene These, dass der wirtschaftliche Erfolg der konservativ-liberaldemokratischen Koalition keine Rolle für die Wahlausichten der Konservativen Partei spielte, bestätigte sich nicht.

15 *Janan Ganesh*, Conservatives Pay a High Price for their Low Reputation, in: Financial Times vom 21. April 2015, S. 9.

sche Falle. UKIP setzte die Themen, die Konservative Partei reagierte und riskierte dabei ständige innerparteiliche Auseinandersetzungen. In der Schlussphase des Wahlkampfs versuchte Cameron, die Vision des „compassionate conservatism“ wiederzubeleben, also des sozial-inklusiven Konservatismus. Nach der Wahl bekannte sich der alte und neue Regierungschef folgerichtig als „one nation“-Tory – Synonym für das Bauen auf eine klassenübergreifende gesellschaftliche Koalition. Auch David Cameron hatte einen ausländischen Wahlkampfberater, den Australier Lynton Crosby, der John Howard viermal nacheinander zu Wahlsiegen in Australien verholfen und die zwei erfolgreichen Wahlkämpfe von Boris Johnson für das Amt des Londoner Bürgermeisters organisiert hatte. Von diesem Berater wurde ein disziplinierender Einfluss auf die Partei und die Stärkung ihres konservativen Profils erwartet.<sup>16</sup> Flügelkämpfe blieben im Wahlkampf in der Tat aus, auch wenn Cameron innerparteilich nicht unumstritten war. Lynton Crosby folgte einem vierstufigen Schlachtplan<sup>17</sup>: Der erste Schritt sollte die Glaubwürdigkeit Ed Milibands als Herausforderer des Premierministers erschüttern. Der nächste Adressat war der Koalitionspartner, die Liberaldemokraten. Ihre Hochburgen im englischen Südwesten wurden Ziel einer mit hohem finanziellen Aufwand geführten Gegenkampagne. Als dritter Schritt sollten die wirtschaftspolitischen Erfolge der Konservativen thematisiert werden: Mehr als zwei Millionen neue Arbeitsplätze waren entstanden, das jährliche Defizit wurde halbiert, und die Einkommensteuer wurde gekürzt. Als die Umfragen sich noch immer nicht bewegten und sich weiterhin ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der Labour Party abzeichnete, spielten die Konservativen, nachdem selbst teure Versprechen für Sozialprogramme nicht weitergeführt hatten, die SNP-Karte. Die eigenen Meinungsumfragen der Konservativen hatten ergeben, dass sich in England Unwillen und Furcht vor der SNP ausbreiteten, weil die Befragten annahmen, dass Schottland ohnehin schon privilegiert sei, und weil sie vermuteten, dass die SNP einen möglichen Koalitionspartner Labour Party zu einer unverantwortlichen Ausgabenpolitik erpressen könnte und letztendlich planen würde, das Land zu spalten. Der Labour Party war diese Strategie der Konservativen durchaus klar, weshalb sich Miliband bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen den Gedanken einer von ihm geführten Regierung mit Unterstützung der SNP verwahrte. Dennoch hatte die Kampagne der Konservativen mit Plakaten von Miliband in der Brusttasche der SNP-Vorsitzenden Nicola Sturgeon Einfluss auf das Wahlergebnis.

Die öffentlichen Auftritte von Cameron und Miliband wurden von ihren Image-Beratern streng kontrolliert, um Peinlichkeiten früherer Wahlkämpfe zu vermeiden: „The prime minister tends to favour rallies of his supporters or meetings in controlled environments [...] Mr Miliband's image makers seek to present him as a prime minister-in-waiting, dressing him in a dark suit, white shirt and blue tie and positioning him behind a lectern to give gravitas. [...] The traditional battle bus, where reporters travelled with party leaders for the duration of the campaign, is no more.“<sup>18</sup>

Am stärksten zeigten beziehungsweise gewannen im Wahlkampf zwei „Außenseiter“ Profil: Nigel Farage von der UKIP und Nicola Sturgeon von der SNP. Sie vertraten Positionen, die sie vom Mainstream abhoben. Farage führte in bekannter Manier Probleme und Lösun-

16 Vgl. „A Sure Hand at the Wheel“, in: The Economist vom 7. Februar 2015, S. 29.

17 Vgl. Kiran Stacey, How Cameron Killed his Coalition, in: Financial Times vom 9./10. Mai 2015, S. 7.

18 George Parker / Jim Pickard / Elizabeth Rigby, UK Labour Party Rejects ‘North Korean’ Tactics, in: Financial Times vom 29. April 2015, S. 2.

gen für die britische Politik auf die Hemmnisse der EU zurück. Kompromisslos attackierte er auch die bisher bereits restriktive britische Einwanderungspolitik als zu großzügig. *Nicola Sturgeon* ist die politische Entdeckung des Wahlkampfes 2015. Obwohl sie erst seit 2014 SNP-Vorsitzende ist, überzeugte sie als politisches Talent in den Redeschlachten. Sie war die einzige Politikerin, der es gelang, eine konsistente linke Gegenposition zur Austeritätspolitik der drei „Altparteien“ zu formulieren. *Sturgeon* punktete nicht mit schottischem Nationalismus, sondern mit der Aussicht, „progressive Politik“ durchzusetzen. Sie stand allerdings als schottische Regierungschefin (First Minister) bei den Unterhauswahlen nicht zur Wahl. Trotzdem kamen sogar aus England Anfragen an die Medien, wie man sie wählen könnte. Der große Wahlerfolg der SNP war sicherlich stark von ihrer Person beeinflusst. Auch die Spitzenkandidatin von Plaid Cymru, *Leanna Wood*, stand nicht zur Wahl, und die Frontfrau der Grünen, *Natalie Bennett*, verfehlte erwartungsgemäß den Einzug ins Unterhaus.

## 5. Themen im Wahlkampf

Mitte April 2015 veröffentlichten die Parteien ihre Wahlprogramme. Seit den 1990er Jahren legen alle großen Wert auf die Feststellung, dass diese bei ihrem Wahlsieg umgehend umgesetzt würden. Das Motto der Konservativen („Strong Leadership. A Clear Economic Plan. A Brighter, More Secure Future“, 84 Seiten) deutet die Prioritäten der Partei an: Im Vordergrund steht der wirtschaftliche Erfolg als Voraussetzung für eine Sicherung des Lebensstandards aller. Dazu muss die Austeritätspolitik fortgesetzt werden. Die Labour Party nannte ihr Wahlprogramm „Britain Can Be Better“ (86 Seiten). Was damit gemeint ist, steht im Untertitel: „Britain only succeeds when working people succeed. This is a plan to reward hard work, share prosperity and build a better Britain“. Das Programm der Liberaldemokraten („Stronger Economy, Fairer Society: Opportunity For Everyone“, 158 Seiten) wollte den ökonomischen Erfolg der konservativ-liberalen Koalition<sup>19</sup> für sich mit beanspruchen, distanzierte sich aber gleichzeitig von der Sparpolitik der Konservativen, die diese „unfair“ ausgestalten wollten. UKIPs Wahlprogramm mit dem Titel „Believe In Britain“ (76 Seiten) ist Ausdruck eines englischen Nationalismus. *Nigel Farage* schreibt in seinem Vorwort: „If you believe we are big enough to make our own laws, in our own parliament; if you believe we should have the sovereign right to control our own borders; if you believe that we should be fiscally responsible, and stop adding to our national debts and expecting our children and grandchildren to pay the bill, then we are the party for you.“ Die Green Party deklarierte ihr Programm schlicht und ambitioniert „For The Common Good“ (86 Seiten). Die beiden Nationalparteien in Schottland und Wales bezogen ihr Programm nahtgemäß auf ihre Territorien. Die SNP titelte „Stronger For Scotland“ (56 Seiten), mit der Kernforderung „Ende der Tory-Herrschaft“ und damit der Politik des Abbaus des Wohlfahrtsstaates sowie mit mehr Autonomie für Schottland im Vereinigten Königreich.

Tabelle 7 fasst die inhaltlichen Schwerpunkte der Parteidokumente zusammen. Im Wahlkampf fiel auf, wie wenig über die EU und das Thema „Einwanderung“ gesprochen wurde. Das heißt nicht, dass diese Themen unwichtig geworden waren. Das Gegenteil

<sup>19</sup> Vgl. *Martin Wolf*, The British Economy after the Coalition, in: Financial Times vom 29. April 2015, S. 9.

haben die ersten Initiativen der neu gewählten Regierung *David Camerons* bewiesen. Es zeigt aber, dass die Wählerschaft an anderen Themen wie Gesundheitsversorgung durch den National Health Service (NHS), Bildung, Sozialleistungen, Mindestlöhne und Arbeitsmarkt stärker interessiert war. Unter der Annahme, dass es ein Kopf-an-Kopf-Rennen geben werde, begannen die Parteien in der letzten Phase der Kampagne, sich mit sozial- und steuerpolitischen Versprechungen zu überbieten. Cameron erklärte sogar, ein Gesetz ins Parlament einbringen zu wollen, das ein Verbot für Erhöhungen bei den wichtigsten Steuern enthalten solle.<sup>20</sup> Die Konservative Partei steht nun vor der Herausforderung, ihre Sozial- und Steuerversprechen einzulösen, aber gleichzeitig bis zur nächsten Wahl einen ausglichenen Haushalt vorzulegen.

<i>Tabelle 7: Zentrale Programmfpunkte der Parteien in ihren Wahlprogrammen</i>	
Partei	Themen
Conservatives	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Haushaltssausgleich und Haushaltsüberschuss 2020</li> <li>- über den Inflationsausgleich hinaus weitere 8 Milliarden Pfund für den National Health Service (NHS)</li> <li>- Mieter in Housing Associations erhalten das Recht, ihre Häuser zu kaufen</li> <li>- wer in der Woche 30 Stunden arbeitet und dafür nur den Mindestlohn bekommt, zahlt keine Steuern mehr</li> <li>- 30 Stunden freie Kinderbetreuung pro Woche für arbeitende Eltern von drei- und vierjährigen Kindern</li> <li>- Referendum über Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der EU</li> </ul>
Liberal Democrats	<ul style="list-style-type: none"> <li>- fairer Haushaltssausgleich durch eine Mischung von Ausgabenkürzungen und Steuern für Großverdiener</li> <li>- Erhöhung des Steuerfreiabtrags auf 12.500 Pfund</li> <li>- garantierte Finanzierung der Ausbildung von der Vorschule bis zum Alter von 19 Jahren durch den Betrag von 2,5 Milliarden Pfund und qualifizierte Lehrer in jeder Klasse</li> <li>- Investitionen von 8 Milliarden Pfund in den NHS; gleiche Versorgung für physisch und psychisch Kranke</li> <li>- fünf neue Gesetze, um die Natur zu schützen und den Klimawandel zu bekämpfen</li> </ul>
Labour	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verantwortungsdreifachfestlegung („triple lock“): ein vollständig durchgerechnetes Wahlprogramm; Defizitabbau jedes Jahr; Haushaltssausgleich in den nächsten fünf Jahren sobald als möglich</li> <li>- zusätzliche 2,5 Milliarden Pfund für den NHS finanziert durch eine Steuer auf Immobilien im Wert von über 2 Millionen Pfund</li> <li>- Erhöhung des Mindestlohns auf mehr als 8 Pfund Stundenlohn bis 2019</li> <li>- keine Mehrwertsteuererhöhung, keine Erhöhung des Rentenversicherungsbeitrags und der Einkommensteuer</li> <li>- Zugang zur Kinderbetreuung von 8 bis 18 Uhr für Eltern mit Grundschulkindern</li> <li>- Einfrieren der Beträge für Strom- und Heizungsrechnungen bis 2017 und neue Befugnisse für die Regulierungsbehörde, um im kommenden Winter die Rechnungen zu kürzen</li> </ul>

20 Vgl. *George Parker / Chris Giles*, Cameron Makes Pledge to Freeze Taxes, in: Financial Times vom 30. April 2015, S. 4.

<i>Fortsetzung von Tabelle 7</i>	
UKIP	<ul style="list-style-type: none"> <li>- schnelles Referendum zur Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der EU</li> <li>- Einwanderungskontrolle mit Punktesystem, maximal 50.000 ausgebildete Arbeiter pro Jahr und ein Stoppt von fünf Jahren für ungelernte Arbeiter</li> <li>- 3 Milliarden Pfund für den NHS nur in England</li> <li>- keine Steuern auf den Mindestlohn</li> <li>- Einhalten der NATO-Zielvorgabe für Verteidigungsausgaben in Höhe von zwei Prozent des Jahreshaushalts, und das Bemühen, diese Ausgaben substantiell zu erhöhen</li> </ul>
Green Party	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ende der Sparpolitik und Wiederherstellung öffentlicher Dienstleistungen; Arbeitsplätze, mit denen der Lebensunterhalt bestritten werden kann</li> <li>- Ende der Privatisierung des NHS</li> <li>- Zusammenarbeit mit anderen Ländern, damit die Erde sich nicht mehr als 2°C erwärmt</li> <li>- 85 Milliarden Pfund Programm zur Wärmedämmung, für erneuerbare Energien und Hochwasserschutz</li> <li>- 500.000 Sozialwohnungen bis 2020 und Mietkontrollen</li> <li>- Rückverstaatlichung der Bahn</li> </ul>
SNP	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausgabenerhöhung von 0,5 Prozent jedes Jahr, um 140 Milliarden Pfund zusätzliche Investitionen zu ermöglichen</li> <li>- jährlich Bau von 100.000 bezahlbaren Wohnungen</li> <li>- Erhöhung des Mindestlohns auf 8,70 Pfund bis 2020</li> <li>- Wiederherstellung der 50-prozentigen Spitzenbesteuerung für Einkommen über 150.000 Pfund; neue Steuern auf große Immobilien und auf Boni für Banker</li> <li>- Allianz gegen Modernisierung von Trident (Atomwaffenprogramm)</li> <li>- Garantie für Renten und für den Freibetrag für Heizen im Winter</li> </ul>
Plaid Cymru	<ul style="list-style-type: none"> <li>- ein Einkommen für alle Angestellten, mit dem der Lebensunterhalt bestritten werden kann</li> <li>- zusätzlich 1.000 Ärzte für den walisischen NHS</li> <li>- Streichen der Überbelegungssteuer für Sozialhilfeempfänger („bedroom tax“)</li> <li>- Justiz- und Polizeikompetenz für Wales</li> <li>- gegen Modernisierung von Trident (Atomwaffenprogramm)</li> <li>- gleiche Rechte wie Schottland für Wales, auch bei Finanzzuschüssen, also zusätzliche 1,2 Milliarden Pfund pro Jahr</li> </ul>

Quelle: Eigene Zusammenstellung aus den Wahlprogrammen.

## 6. Rolle der Medien im Wahlkampf

Das Vereinigte Königreich erlebte einen relativ traditionellen Wahlkampf mit einigen neuen Pressegags, wie in einer Minute gesungene Wahlprogramme. Das Meinungsforschungsinstitut Panel Base befragte 3.019 Personen (England und Wales: 2.006, Schottland 1.013) eine Woche vor der Wahl zu ihrer Mediennutzung, um sich über die Wahl zu informieren.<sup>21</sup> 38 Prozent der Befragten gaben an, am meisten von TV-Debatten im Fernsehen beeinflusst zu sein, 23 Prozent nannten TV-Nachrichten und zehn Prozent Parteienwerbung

21 Vgl. Informationen dazu finden sich auf der Website der BBC, <http://www.bbc.com/news/elections> (Abruf am 10. Mai 2015).

im Fernsehen. Als wichtigstes Medium im Wahlkampf wurde das Fernsehen mit 62 Prozent identifiziert, gefolgt von Zeitungen mit 25 Prozent und Radio mit 14 Prozent. 14 Prozent der Befragten gaben an, mit der Familie und Freunden über die Wahl zu reden. Die sozialen Medien Facebook, genutzt von sieben Prozent, und Twitter, genutzt von vier Prozent, spielten im Wahlkampf eher eine Nebenrolle. Sie verstärkten wie ein Echo vor allem bestehende Meinungen.

Nach der Erfahrung mit den ersten drei Fernsehdebatten 2010, die der Parteivorsitzende der Liberaldemokraten *Nick Clegg* brillant zu nutzen wusste und sich damit auch ein gutes Wahlergebnis erarbeitet hatte<sup>22</sup>, war *David Cameron* zögerlich, in Fernsehduelle mit Herausforderern einzutreten, weil er annahm, dass sie ihm politisch schaden könnten. Nach langwierigen Gesprächen mit den Fernsehanstalten und deren Drohung, einen leeren Stuhl bei Fernsehdebatten aufzustellen, wenn *Cameron* sich weiterhin verweigerte, willigte der Premierminister ein, einmal in einer Runde von sieben Kandidaten zu diskutieren. Die am 2. April von ITV veranstaltete Debatte hatte keine Folgen für die Umfragewerte der Parteien: „Weder Meinungsforscher noch Kommentatoren konnten halbwegs einheitlich Sieger und Verlierer benennen.“<sup>23</sup> Vierzehn Tage später gab es bei der BBC noch eine Fernsehdebatte der Oppositionsparteien, die vor allem von *Nicola Sturgeon* und *Ed Miliband* zur Profilierung genutzt werden konnte. Einer der wichtigsten Streitpunkte war dabei die parlamentarische Unterstützung, die die SNP-Vorsitzende der Labour Party anbot, um die Tories von der Macht fernzuhalten und „progressive“ Inhalte durchzusetzen. *Miliband* lehnte die Zusammenarbeit mit der SNP bei unklarem Wahlausgang mehrfach kategorisch ab. Dennoch wurde die Möglichkeit einer quasi-Koalition in England für die Konservativen Wahlkampfmunition. Sie malten das Auseinanderbrechen des Vereinigten Königreichs und eine unverantwortliche Ausgabenpolitik als Menetekel an die Wand. Die sieben Parteichefs, die am 2. April 2015 diskutierten, waren *David Cameron*, *Ed Miliband*, *Nick Clegg*, *Nigel Farage*, *Natalie Bennett*, *Nicola Sturgeon* und *Leanne Wood*. In einer sehr disziplinierten Debatte punktete *David Cameron*. Auf Seiten der Opposition beeindruckte die SNP-Vorsitzende *Nicola Sturgeon*. Die Konservativen zeigten sich insgesamt verärgert über die Wahlberichterstattung der BBC, der sie eine zu kritische Haltung gegenüber der Partei vorhielten.

Die Printmedien spielten eine geringere Rolle als in früheren Wahlkämpfen, bei denen die Kandidaten größten Wert darauf legten beziehungsweise legen mussten, die *Rupert Murdoch*-Presse auf ihre Seite zu ziehen. Nach dem überraschenden Wahlsieg *John Majors* 1992 war die Sun noch mit der inzwischen klassischen Schlagzeile erschienen: „It's the Sun Wot Won It“. Eine solche Schlagzeile wäre 2015 nicht möglich gewesen, nicht nur wegen der reduzierten Macht der *Murdoch*-Presse, sondern auch wegen ihrer geringeren Bedeutung für den Wahlkampf. Es fällt aber auf, dass es bei den Wahlempfehlungen der Printmedien ein Übergewicht für die Konservativen beziehungsweise die Fortführung der Regierungskoalition gab (vgl. Tabelle 8).

22 Vgl. *Dennis Kavanagh / Philip Cowley*, a.a.O. (Fn. 4), S. 164 ff.

23 *Jochen Buchsteiner*, Zeit der Zornigen. Cameron und Miliband wenig eindrucksvoll, in: FAZ vom 4. April 2015, S. 4.

**Tabelle 8: Empfehlungen der Printmedien zur britischen Unterhauswahl 2015**

Empfehlung für ...	Printmedium
... Conservatives	Daily Mail, Daily Telegraph, Sun, Sunday Times
... Labour	Guardian, Observer
... konservativ-liberale Koalition	Economist, Financial Times, Independent, Times
... SNP	Sun Schottland
... UKIP	Express

Quelle: Gina Thomas, Wen die britischen Medien an der Regierung sehen wollen, in: FAZ vom 7. Mai 2015, S. 15; „Who Should Govern Britain?“, in: The Economist vom 2. Mai 2015, S. 10.

## 7. Regierungsbildung

Die Regierungsbildung ging, wie das die Westminsterdemokratie<sup>24</sup> ermöglicht, zügig vonstatten. Am 7. Mai wurde gewählt. Am 8. Mai fuhr *David Cameron* zur Königin, um sich den Regierungsauftrag zu holen. Am 10. Mai gab er die erste Gruppe seiner Kabinettsmitglieder bekannt, wobei meist die Amtsinhaber in ihren Positionen verblieben (vgl. Tabelle 9). Am 11. Mai benannte der Premierminister die zweite Gruppe der Kabinettsmitglieder, die für die früheren Aufgaben des liberaldemokratischen Koalitionspartners gefunden wurden waren. Von den 20 Kabinettsmitgliedern sind nur fünf Frauen. Als Kabinettbeteiligte ohne formale Kabinettsmitgliedschaft wurden zusätzlich *Anna Soubry* (Minister for Small Business) und *Priti Patel* (Minister for Employment) – beides Frauen – benannt. Der innerparteiliche Rivale für den Vorsitz der Konservativen Partei, *Boris Johnson*, noch Londer Bürgermeister, erhielt kein Ministerium, soll aber im Kabinett anwesend sein, wenn es um parteipolitische Fragen geht, also nicht bei allen Kabinettsitzungen. Dies ist kein ungeschickter Kompromiss, der *Johnson* einerseits in die Regierung einbindet, ihm andererseits aber auch keine Verantwortung für Regierungshandeln aufbürdet. Die erste Kabinettsitzung fand am 12. Mai statt. Hier verpflichtete *David Cameron* das Kabinett auf das Wahlprogramm und die Ausrichtung der Politik auf die arbeitende Bevölkerung und einen „compassionate conservatism“.

## 8. Ausblick: Was bedeutet der Wahlausgang für die britische Politik?

- (1) Der Mythos des britischen Zweiparteiensystems<sup>25</sup> ist endgültig zerstört. Wenn sieben Parteien in der Fernsehrunde der Parteivertreter auftreten, ist das eine klare Botschaft.<sup>26</sup> Bereits bei früheren Wahlen rückte gelegentlich die Rolle von Drittparteien in der Parteienkonkurrenz in den Fokus, 2010 kam es sogar zu einer Koalitionsregierung.<sup>27</sup> De-

24 Vgl. Roland Sturm, a.a.O. (Fn. 7).

25 Vgl. ders., Großbritanniens Zweiparteiensystem: Ein Mythos, in: Hans-Georg Wehling (Red.), Westeuropas Parteiensysteme im Wandel, Stuttgart u.a. 1983, S. 183 – 197.

26 Vgl. „Briefing: Britain's Electoral System“, in: The Economist vom 21. Februar 2015, S. 20 – 22.

27 Vgl. Matt Beech / Simon Lee, The Conservative-Liberal Coalition. Examining the Cameron-Clegg Government, Basingstoke 2015.

**Tabelle 9: Das neue Kabinett im britischen Unterhaus (Stand: 11. Mai 2015)**

Prime Minister	<i>David Cameron</i> (alt)
First Secretary of the State and Chancellor of the Exchequer	<i>George Osborne</i> (alt)
Home Secretary	<i>Theresa May</i> (alt)
Foreign Secretary	<i>Philip Hammond</i> (alt)
Defence Secretary	<i>Michael Fallon</i> (alt)
Cabinet Office Minister; Chancellor of the Duchy of Lancaster	<i>Oliver Letwin</i> (alt in anderer Funktion)
Health Secretary	<i>Jeremy Hunt</i> (alt)
Chief Whip	<i>Mark Harper</i> (alt in anderer Funktion)
Leader of the House of Commons; Lord President of the Council	<i>Chris Grayling</i> (alt in anderer Funktion)
Justice Secretary; Lord Chancellor	<i>Michael Gove</i> (alt in anderer Funktion)
Education Secretary; Minister for Women and Equalities	<i>Nicky Morgan</i> (alt)
Leader of the House of Lords	<i>Tina Stowell</i> , Baroness Stowell of Beeston (alt)
Business, Education and Skills Secretary; President of the Board of Trade	<i>Sajid Javid</i> (alt in anderer Funktion)
Energy and Climate Change Secretary	<i>Amber Rudd</i> (neu)
Culture, Media and Sport Secretary	<i>John Whittingdale</i> (neu)
Environment, Food and Rural Affairs Secretary	<i>Liz Truss</i> (alt)
International Development Secretary	<i>Justine Greening</i> (alt)
Transport Secretary	<i>Patrick McLoughlin</i> (alt)
Communities and Local Government Secretary	<i>Greg Clark</i> (neu)
Chief Secretary of the Treasury	<i>Greg Hands</i> (neu)
Works and Pension Secretary	<i>Ian Duncan Smith</i> (alt)
Northern Ireland Secretary	<i>Theresa Villiers</i> (alt)
Wales Secretary	<i>Stephen Crabb</i> (alt)
Scotland Secretary	<i>David Mundell</i> (neu)

Quelle: Eigene Darstellung nach der Website der BBC, a.a.O. (Fn. 4).

ren Ruf als „Notnagel“ der Westminsterdemokratie hat nach fünf Jahren eher gelitten. Zumindest die Liberaldemokraten zogen aus ihrem Wahlergebnis die Lehre, dass kleine Parteien in Koalitionen immer die Verlierer sind, weshalb man Regierungsbündnisse in Zukunft tunlichst vermeiden sollte. In der Bevölkerung bleiben diese ohnehin unbeliebt: Circa zwei Drittel der Wähler urteilten vor der Wahl, dass eine weitere Koalition schlecht für das Land sei.<sup>28</sup>

28 Vgl. *Oonagh Gay / Petra Schleiter / Valerie Belu*, The Coalition and the Decline of Majoritarianism in the UK, in: The Political Quarterly, 86. Jg. (2015), H. 1, S. 118 – 124, S. 123; *Philip Stephens*,

- (2) Auch wenn 2015 wieder die absolute Mehrheit einer Partei zustande kam, ist dies keine Garantie für die Rückkehr zu klaren Mehrheitsverhältnissen im britischen Parlament. Sicher ist die Faustregel der Wahlforschung: „Relative Mehrheitswahl begünstigt Alleinregierungen“ zu überdenken (neben dem Beispiel des Vereinigten Königreichs kann man auch nach Australien und Kanada schauen). Als vor der Wahl alle der Meinung waren, dass ein weiteres „hung parliament“ nicht zu vermeiden sei, wurde die Frage gestellt, ob ein Wahlsystem, das seine „Ungerechtigkeiten“ ungleicher Repräsentation mit seiner mehrheitsbildenden Kraft begründet, noch tragbar sei, wenn es offensichtlich diese Kraft verloren habe. Bei den Koalitionsspekulationen wurde sogar ernsthaft eine „Große Koalition“ ins Spiel gebracht. Eine Verhältniswahl hätte aus Sicht der drei britischen Altparteien den Vorteil, das Gewicht der SNP im Westminster-Parlament deutlich zu reduzieren. Der Preis wäre aber eine weit bedeutendere Repräsentation von UKIP. Die Zukunft des jetzigen Wahlsystems bei Unterhauswahlen ist nun kein Diskussionsgegenstand mehr. Die Gegner einer Reform hatten darauf verwiesen, dass 2011 die Volksabstimmung über ein neues Wahlsystem („alternative vote“) deutlich gescheitert war (Wahlbeteiligung: 42,2 Prozent). Auch wenn man über die Umstände des Referendums geteilter Meinung sein kann (es war sicherlich äußerst schlecht vorbereitet): Der britische Wähler präferiert die relative Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen – die 650 Einzelwahlen, die die UK-Wahl ausmachen. Es bedarf sicherlich mehr als einer Koalitionsbildung, um hier ein Umdenken zu bewirken.
- (3) *David Camerons* absolute Mehrheit ist ein mit Problemen behafteter Erfolg. Weil der Premierminister nur über zwölf Sitze mehr verfügt als die Opposition, wird er für die Europagegner seiner Partei erpressbar. Welche Schwierigkeiten dies bereiten kann, lässt sich an den Machtkämpfen in der Regierungszeit *John Majors* ablesen.<sup>29</sup> *Cameron* hat sich bei der Frage nach einer EU-Mitgliedschaft für die „Flucht nach vorne“ entschieden. Das Thema EU-Referendum soll möglichst rasch aus dem Weg geräumt werden, unter Umständen noch vor dem Jahr 2017, das als Ziel im Wahlkampf versprochen wurde. Viele Fragen bleiben aber offen: Werden die anderen EU-Mitglieder zu mehr als symbolischen Konzessionen bereit sein? Reichen diese aus, damit die Befürworter einer EU-Mitgliedschaft das Referendum für sich entscheiden können? Wann erfolgt die Reaktion der britischen Wirtschaft auf die für sie untragbare Option des EU-Austritts?
- (4) Der Wahlerfolg der Konservativen ist ein englischer Wahlerfolg. Die Gräben zwischen Schottland und dem Rest des Landes sind tiefer geworden. Aus Sicht der SNP kann die derzeitige Situation nur dazu beitragen, ihre Position in Schottland weiter zu stärken. Die „Tory-Fremdherrschaft“ besteht fort und wird durch die angekündigte harte Sparpolitik im Sozialbereich ihre Legitimität noch weiter verlieren. Auch hier verfährt der Premierminister nach der Devise, das Problem des Auseinanderbrechens des Vereinigten Königreichs gleich zu Beginn seiner Amtszeit anzugehen. Die volle legislative Umsetzung der Vorschläge der *Lord Smith of Kelvin Commission* zur Vertiefung der Devolution wurde zugesagt, und *Cameron* will weitere Vorschläge der schottischen Regierung

Five Things to Know about the British Election, in: Financial Times vom 17. April 2015, S. 9: „The British political mindset, impervious to experience elsewhere, mistakes majoritarianism for good government. Anything else is chaos.“

<sup>29</sup> Vgl. *Sarah Hogg / Jonathan Hill*, Too Close to Call. Power and Politics – *John Major* in No. 10, London 1995.

zur Aufgabendezentralisierung prüfen. Auch hier kann im schlimmsten Falle die Diagnose lauten: too little, too late. Schon sind in Schottland Überlegungen für ein weiteres Unabhängigkeitsreferendum aufgetaucht – zur Not auch ohne Zustimmung Londons. 2016 wird das schottische Parlament neu gewählt. Sollte die SNP hier ihre absolute Mehrheit ausbauen und die in ihrer früheren Hochburg ausgelaugte Labour Party nicht einigermaßen respektabel abschneiden, wird sich der Wunsch „weg von London“ verstärken.

- (5) Inzwischen sehen die englischen Wähler die Schottlandfrage weniger gelassen als früher. Gerechtigkeitsfragen im Hinblick auf die Finanzierung Schottlands sind aufgetaucht.<sup>30</sup> Die Konservativen versuchen, dem wachsenden Unwillen von Bürgern in benachteiligten Regionen Englands durch die Stärkung der Rechte der Städte im englischen Norden entgegenzuwirken. Sie wissen, dass eine englische Nationalpartei ihnen schon heute Konkurrenz macht: die UKIP.
- (6) Kaum beachtet wurde bei der Diskussion des Wahlerfolgs der Konservativen das House of Lords. Hier hat die Partei keine Mehrheit. Zünglein an der Waage sind meist die liberaldemokratischen Mitglieder des Oberhauses, die zu Zeiten der Koalitionsregierung mäßigend auf die Opposition einwirken konnten. Das dürfte sich ändern. In den Jahren der *Tony Blair/Gordon Brown*-Kabinette 1999 bis 2010 ist die Regierung mit ihren Vorlagen im Oberhaus mehr als 450-mal gescheitert. Hätten die Liberaldemokraten nicht gegen die Regierung gestimmt, wären 90 Prozent der blockierten Gesetzesvorhaben erfolgreich gewesen. Daran wird deutlich, womit *Cameron* in Zukunft zu rechnen hat.<sup>31</sup>
- (7) Am 24. März 2015 kündigte *David Cameron* in einem Interview mit der BBC an, dass er, sollte er die Wahl gewinnen, 2020 nicht mehr antreten werde. Dies ist ungewöhnlich in einer Westminsterdemokratie. In einer YouGov-Umfrage unmittelbar nach dem Interview zeigten die Befragten vor allem Desinteresse: Neun Prozent sagten, dies mache einen schlechten Eindruck vor der Wahl; 21 Prozent sahen die Aussage positiv, und 59 Prozent war es egal, was der Wahlkämpfer *David Cameron* in fünf Jahren vor habe.<sup>32</sup> Es wird sich erweisen, ob in der zweiten Hälfte der zweiten Amtszeit des Premierministers sich Rivalen um sein Erbe streiten und ob er zu einer „lame duck“ wie ein US-Präsident vor dem Ausscheiden aus dem Amt wird. Im Wahlkampf bereitete die Aussage *Camerons* seinem Team einige Sorgen<sup>33</sup>, zumal der Vorwurf erhoben wurde, er sei arrogant, weil er glaube, den Wahlsieg schon in der Tasche zu haben. Das Thema verschwand aber in der öffentlichen Diskussion so rasch, wie es aufkam.

30 Vgl. „Scotland is Another Country“, in: *The Economist* vom 2. Mai 2015, S. 29.

31 Vgl. The Constitution Unit, Press Release: Cameron Faces Major Challenges in the Lords, Warns Expert, 11. Mai 2015.

32 Vgl. „The Retiring Type“, in: *The Economist* vom 28. März 2015, S. 35.

33 Vgl. *George Parker*, Cameron's Third-term Revelation Startles Aides, in: *Financial Times* vom 25. März 2015, S. 6.